

# **66. Sitzung des Gemeinderates** **- öffentlich -**

Sitzungstag:

**Donnerstag, 06.06.2019**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
<b>Niederschriftführer:</b> Schriftführer Lothar Kipp		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Gertrud Mörke Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Gerda Settele Franz Solfrank Simone Spratter Thomas Weingärtner Irmgard Zankl		
	Gisela Fischer Johannes Mecke Günter Peischl	

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
            send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Er informiert weiter, dass der Gemeinderat den Tagesordnungspunkt 9 der heutigen öffentlichen Sitzung auf Wunsch des Antragstellers abgesetzt hat. Dieser wird daher nicht behandelt.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Frau Fischer, Herr Mecke und Herr Peischl.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung eine Ehrung sowie eine besondere Gratulation erfolgen werden und der Gemeinderat hierfür sein Einverständnis zu Bildaufnahmen erteilt hat. Gäste, die nicht auf ein Bild möchten, werden gebeten sich während der Ehrung/Gratulation ggf. außerhalb des Sitzungssaals aufzuhalten.

Der Vorsitzende gratuliert den Gemeinderatsmitgliedern Frau Fischer in Abwesenheit, Frau Spratter und Herrn Zehetmair recht herzlich nachträglich zu ihrem Geburtstag.

Eine besondere nachträgliche Gratulation erfährt das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler aufgrund seines runden Geburtstags.

Anschließend wird das Gemeinderatsmitglied Herr Ilmberger für sein 35-jähriges Gemeinderatsjubiläum geehrt und ihm sowie seiner Frau für dieses Engagement für die Gemeinde Unterföhring recht herzlich gedankt.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

#### 900    22    **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

**Beschluss:**    22 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Auf Hinweis von Gemeinderätin Rader wird im Tagesordnungspunkt 5 „Änderungsbebauungsplan Nr. 71b/18, Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen“ folgende in der Sitzung beschlossene, im Protokoll nicht erfasste Ergänzung aufgenommen:

„•      es ist eine zweite Untersuchung (mit Kostenschätzung) vorzunehmen, die, anstelle der Schaffung von zeilenbezogenen TG's mit möglicher

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

*anschließender Anbindung untereinander, die Schaffung einer gemeinsamen Groß-TG für alle Zeilen ( Zeile 12 bis 14, 16 und 17) berücksichtigt.“*

AZ 024  
Hauptamt

901 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen können keine Beschlüsse in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen werden, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024  
Hauptamt

902 22 **Antrag der SPD-Fraktion; Wohnbauplanung auf dem Grundstück des derzeitigen Feuerwehrgerätehauses**

Der Vorsitzende gibt den Antrag der SPD-Fraktion vom 04.04.2019 bei der Gemeinde eingegangen am 05.04.2019 bekannt.  
Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Die SPD-Fraktion beantragt eine flexible Wohnraumplanung auf dem derzeitigen Areal des Feuerwehrgerätehauses (St.-Florian-Straße) zu erarbeiten. Der Antrag lautet wie folgt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Durch die Verlagerung des Feuerwehrgerätehauses in das Wohngebiet Unterföhring-Süd (an die Münchner Straße), wird „Allgemeines Wohngebiet“ (WA) gemäß dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan dort in Anspruch genommen. Diese somit weggefallene Wohnbebauung (GFZ) muss nach dem dort möglich gewesenen Maß 1:1 ausgeglichen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt eine flexible Wohnraumplanung auf dem derzeitigen Areal des Feuerwehrgerätehauses (St-Florian-Straße) zu erarbeiten. Bei dieser Planung soll geprüft werden, welche Anforderungen für die Integration einer Demenzgruppe sowie ggf. Betreuungsmöglichkeiten für dementiell Erkrankte im Erdgeschoß notwendig sind. Hierzu sind der Seniorenbeirat bzw. weitere Fachexperten beratend hinzuzuziehen. Erforderlichenfalls könnte auch der derzeitige Parkplatz als Demenzgarten / Grünfläche einbezogen werden.

Den bisherigen Mietern ist eine entsprechende Wohnung als Ersatz anzubieten.

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Begründung:

Die nicht unerheblich große Fläche für den Neubau des neuen Feuerwehrgerätehauses mit allen Anlagen muss am jetzigen Standort (St-Florian-Straße) für Wohnungsbau ausgeglichen bzw. kompensiert werden. Wegen der ruhigen und zentralen Lage im Ort bietet sich das derzeitige Grundstück der Feuerwehr für die oben genannte Planung an.“

Der Antragsteller stimmt auf Anregung aus dem Gremium folgender Ergänzung in der Beschlussfassung zu:

„(...) sowie die Ergebnisse aus dem fortgeschriebenen seniorenpolitischen Gesamtkonzept (SPGK) (...)“.

Beschluss: 16 : 6

Durch die Verlagerung des Feuerwehrgerätehauses in das Wohngebiet Unterföhring-Süd (an die Münchner Straße), wird „Allgemeines Wohngebiet“ (WA) gemäß dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan dort in Anspruch genommen. Diese somit weggefallene Wohnbebauung (GFZ) muss nach dem dort möglich gewesenen Maß 1:1 ausgeglichen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt eine flexible Wohnraumplanung auf dem derzeitigen Areal des Feuerwehrgerätehauses (St-Florian-Straße) zu erarbeiten. Bei dieser Planung soll geprüft werden, welche Anforderungen für die Integration einer Demenzgruppe sowie ggf. Betreuungsmöglichkeiten für dementiell Erkrankte im Erdgeschoß notwendig sind. Hierzu sind der Seniorenbeirat bzw. weitere Fachexperten beratend sowie die Ergebnisse aus dem fortgeschriebenen seniorenpolitischen Gesamtkonzept (SPGK) hinzuzuziehen. Erforderlichenfalls könnte auch der derzeitige Parkplatz als Demenzgarten / Grünfläche einbezogen werden. Den bisherigen Mietern ist eine entsprechende Wohnung als Ersatz anzubieten.

AZ 024  
Bauamt

#### 903 22 Feststadl Unterföhring; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 09.05.2019, Nr. 893, in Erinnerung, mit welchem das Gremium die Auftragsvergabe für den Feststadl Unterföhring – Generalunternehmer (Planung und Bau) an die Firma Zimmerei Stark GmbH, 86736 Auhausen, gemäß Angebot vom 08.04.2019 zu einer Angebotssumme von 3.464.040,82 € brutto zur Kenntnis genommen hat. Darüber hinaus wurde das bisherige Verhandlungsgremium ermächtigt, weitere Festlegungen im Rahmen der Bemusterung zu treffen, sofern diese in dem genehmigten Kostenangebot enthalten sind.

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

Am 16.05.2019 fand eine Planungsabstimmung zur Vorplanung mit vertraglich vereinbarten Qualitäten zwischen dem ermächtigten Verhandlungsgremium und der beauftragten Firma Zimmerei Stark GmbH statt und folgende wesentlichen Themen zur Vorlage im Gemeinderat herausgearbeitet:

Hinterlüftete Fassade gemäß Ergänzungsangebot vom 02.05.2019 zu einem Angebotspreis von 42.840,- €

Seitens Zimmerei Stark wird empfohlen, die Fassade hinterlüftet auszuführen. Hierdurch wird die Außenwand von der Tragkonstruktion mit Abstand abgesetzt, wodurch ggfs. Beschädigungen nur mehr an der Oberfläche stattfinden können. Dieser Vorschlag dient der Nachhaltigkeit des Gebäudes.

Bodenbelag und Innenwände Saal und Stüberl

Im bisherigen Angebot ist für das Stüberl und dem Saal lediglich ein geschliffener Estrich, in den Nassbereichen mit Beschichtung enthalten. Ein Veredlungsvorschlag aus dem technischen Aufklärungsgespräch ist eine Einstreu mit Hartkorn mit Steinzeuganteil gegen einen Aufpreis von 7.140,00 € brutto. Seitens Verhandlungsgremiums wurde zum Erreichen des ursprünglichen urigen Charakters ein Bodenbelag in Steinzeugfliese in Holzoptik angeregt.

Weiter\_sind bisher alle Innenwände in Gipskarton, doppelt beplankt, enthalten. Für das Erreichen des urigen Charakters sollen die Wände des Stüberl und Saales mit mindestens Anteilen an Holzoberflächen ausgeführt werden. Hierdurch werden Mehrkosten der Firma Zimmerei Stark GmbH angemeldet.

Durch die Fortschreibung der Planung entstehen Mehrkosten und sind nach Genehmigung durch den Gemeinderat als Nachtragsvereinbarung zu vereinbaren. Die Fortschreibung der Planung mit zugehörigen Kosten bedarf der Genehmigung durch den Gemeinderat, da nicht in den bisherigen Kosten enthalten.

Aus dem Planungsgespräch gingen folgende Varianten an Oberflächengestaltung hervor, welche mit Schreiben der Zimmerei Stark GmbH mit Datum von 28.05.2019 wie folgt ausgepreist wurden:

Variante	Boden	Wand	Mehr- (+)/ Minderkosten (-) brutto
P1_A1 und P2_A1	geschliffener Estrich	Gipskarton, weiß	0,00 €
P1_A2 und P2_A2	Holzoptik	Holzoptik raumhoch	52.767,72 €
P1_A3 und P2_A3	geschliffener Estrich	Holzoptik raumhoch	16.307,24 €
P1_A4 und P2_A4	Holzoptik	Gipskarton, weiß	36.460,48 €
P1_A5 und	Holzoptik	Holzoptik türhoch,	45.390,61 €

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

P2_A5		Rest Gipskarton, weiß	
-------	--	-----------------------	--

Dem Gremium wurden die Visualisierungen der einzelnen Saalvarianten mit unterschiedlichen Oberflächen vorab zugestellt.

Zudem wurden dem Gremium entsprechende Muster zur Boden- und Wandgestaltung in der heutigen Sitzung vorgestellt.

Beschluss: 14 : 8

Das Gremium stimmt folgenden Punkten der fortgeschriebenen Planung zu:

- Hinterlüftete Fassade.  
Mehrkosten 42.840,- € brutto
- Variante A5  
Mehrkosten 45.390,61 € brutto

Die Gesamtkosten in Höhe von 88.230,61 € brutto werden genehmigt und sind im Haushalt unter der Haushaltsstelle 33210.9420 zur Verfügung zu stellen.

AZ 621  
Bauamt

#### **Neubau einer Mietwohnanlage mit Tiefgarage am Germanenweg 14, Hauszeile 18;**

#### **904 22 Fassadengestaltung (Brüstungen und Rampengebäude)**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 10.04.2019, Nr.875, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium der Empfehlung gemäß Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 26.03.2019, Nr. 580, vollinhaltlich anschloss und dem Vorschlag des planenden Architekturbüros Goergens und Miklautz in Abstimmung mit dem Bauleitungsbüro Stilling und dem General-übernehmer Baugesellschaft München Land für die Blecheindeckung abweichend von den Hauszeilen 10 und 15 statt einer Stehfalzblecheindeckung aus Uginox eine Dacheindeckung mit einer Kalzip Stehfalz- Profiltafel (d= 1 mm) mit zusätzlichen Sicken (Produkt AS) zustimmte. Die Zustimmung zur Entwurfsplanung mit Kostenberechnung ist entsprechend fortzuschreiben.

Im Rahmen der Werkplanung wurden die einzelnen Bauteile der Genehmigungsplanung verifiziert. Mit E-Mail vom 22.05.2019 legt das planende Architekturbüro Goergens und Miklautz in Abstimmung mit dem Bauleitungsbüro Stilling und dem Generalübernehmer Baugesellschaft München Land eine Erläuterung für die Gestaltung der Brüstungen der Laubengänge sowie des Rampenbauwerks, Stand 22.05.2019, vor. Es wird empfohlen, die Brüstungen der Laubengänge mit durchgehender Profilierung sowie das Rampenbauwerk mit Brüstung und Handlauf auszuführen.

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

Die Erläuterung des Architekturbüro Goergens + Miklautz Partner GmbH, Stand 22.05.2019, wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium stimmt dem Vorschlag des planenden Architekturbüro Goergens und Miklautz in Abstimmung mit dem Bauleitungsbüro Stilling und dem Generalübernehmer Baugesellschaft München Land mit folgenden Anregungen und Anmerkungen zu:

- Brüstungen Laubengänge durchgängig profiliert
- Rampenbauwerk mit Brüstung und Sockel mit Handlauf

Die erforderlichen Kosten sind innerhalb der genehmigten Projektkosten zu kompensieren.

AZ 621  
Bauamt

905 22

**Neubau einer Mietwohnanlage mit Tiefgarage am Germanenweg 14,  
Hauszeile 18;  
Festlegung der weiteren Zuständigkeiten**

Der Erste Bürgermeister weist auf den vorhergehenden Tagesordnungspunkt hin, mit welchem das Gremium ergänzende Festlegungen zur Ausführung der Brüstungen und des Rampenbauwerks getroffen hat.

Gemäß Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Gemeinde Unterföhring 2014 2020 ist der Gemeinderat zuständig, soweit er die Zuständigkeit nicht auf die weiteren Gremien oder die Verwaltung delegiert. Für die weiteren Entscheidungen, soweit erforderlich, wird angeregt, die Zuständigkeiten analog des Geschosswohnungsbaus im Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, Zeile 10 und Zeile 15, gemäß Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 25.03.2014, Nr. 512, sowie Beschluss des Gemeinderates vom 09.04.2014, Nr. 1069, wie folgt festzulegen:

Bauteile	Entscheidungsträger		
	Gemeinde- rat	Bauaus- schuss	Gemeinde- verwaltung
Fassade		X	
Fenster		X	
Rollladen		X	
Briefkastenanlage		X	
Türen und Zaren		X	
Aufzugsanlage		X	
Schlosserarbeiten		X	
Naturstein		X	

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

Bodenbelag Wohnen		X	
Wandfliesen		X	
Innenanstrich		X	
Dachstuhl		X	
Dach		X	
Sanitäre Einrichtungen		X	
Heizungsanlage		X	
Elektro		X	

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium spricht sich dafür aus, dass die Zuständigkeit für ggfs. weitere Entscheidungen wie folgt festgelegt wird, soweit in den bisherigen Kosten enthalten:

Bauteile	Entscheidungsträger		
	Gemeinde- rat	Bauaus- schuss	Gemeinde- verwaltung
Fassade		X	
Fenster		X	
Rollladen		X	
Briefkastenanlage		X	
Türen und Zaren		X	
Aufzugsanlage		X	
Schlosserarbeiten		X	
Naturstein		X	
Bodenbelag Wohnen		X	
Wandfliesen		X	
Innenanstrich		X	
Dachstuhl		X	
Dach		X	
Sanitäre Einrichtungen		X	
Heizungsanlage		X	
Elektro		X	

AZ 621  
Bauamt

906 22

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 49d/17, Oktavian an der Münchner Straße 12, 14 und 16; Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB und weitere verkürzte Auslegung**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 30.04.2019, Nr. 591, mit welchem u. a. beschlossen wurde noch einmal ein verkürztes Auslegungsverfahren gemäß § 4 Abs. 3 Satz 3 BauGB durchzuführen.



## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Die erneute Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 49d/17, Oktavian an der Münchner 12, 14 und 16 in der Fassung vom 30.04.2019 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 13.05.2019 bis einschließlich 27.05.2019 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange (Landratsamt München – Bauen – und BUND Naturschutz in Bayern e. V.) hatten vom 13.05.2019 bis einschließlich 27.05.2019 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.

Die Bebauungsplanunterlagen in der Fassung 30.04.2019 sind auf der Internetseite der Gemeinde Unterföhring zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben sich geäußert bzw. eine Stellungnahme abgegeben:

- Landratsamt München – Bauen

#### Landratsamt München - Bauen

Das Schreiben vom 23.05.2019 wird mit folgendem Inhalt bekannt gegeben:

1.

In der Planzeichnung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wurden innerhalb der drei Bauräume (BT A, B und C) jeweils noch innere Baugrenzen festgesetzt. Die inneren Baugrenzen sind auch in den Planzeichnungen der Vorhaben- und Erschließungspläne und im Lageplan auf der Anlage 1 zu ergänzen, um Widersprüche zwischen den Bestandteilen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes auszuschließen. Andernfalls wäre auch Festsetzung § 6 (3) des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nicht umsetzbar, da dort hinsichtlich der Überschreitung der inneren Baugrenzen auf den Vorhaben- und Erschließungsplan Bezug genommen wird.

2.

Wie bereits in Punkt 2 unserer Stellungnahme vom 26.03.2019 zu den Verfahrensvermerken ausgeführt wurde, ist nach dem Vermerk über die Ausfertigung, ein Vermerk über die Bekanntmachung und das Inkrafttreten des Bebauungsplanes aufzunehmen. In diesem Zusammenhang bitten wir die

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Formulierungen der Verfahrensvermerke Nr. 6, Satz 2 und Nr. 9, Satz 1 zu vervollständigen bzw. zu überarbeiten.

3.

In der Begründung sind die Angaben zum Flächennutzungsplan zu überprüfen und zu berichtigen. Das auf Seite 6 oben angegebene Fassungsdatum „09.10.2019“ kann nicht stimmen; der Begriff „Festsetzungsbeschluss“ (Seite 7, vorletzter Absatz) ist nicht zutreffend.

4.

Die Bekanntmachung vom 03.05.2019 enthält keine Angaben zu den zum Bebauungsplanentwurf vorhandenen Gutachten und Untersuchungen. Nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB sind die Entwürfe der Bauleitpläne mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen. Die o.g. Bekanntmachung enthält zu den umweltbezogenen Stellungnahmen lediglich die Angabe, dass die Stellungnahmen des Landratsamts und des BUND ausliegen. Der Begriff der „umweltbezogenen Stellungnahmen“ ist jedoch weit auszulegen und kann auch Gutachten umfassen, die eine Gemeinde im Zuge ihrer Bauleitplanung eingeholt hat (VGH Mannheim, Urteil vom 20.09.2010 - 8 S 2801/08, OVG Bautzen, Urteil vom 09.03.2012-1 C 13/10). Nachdem die im Zuge des Bebauungsplanverfahrens erstellten Gutachten im der o.g. Bekanntmachung nicht erwähnt sind, weisen wir auf die Rechtsprechung des BayVGH (Urteil vom 14.07.2016 - 2 N 15.2839) hin, danach trifft die Gemeinde die materielle Beweislast dafür, dass die umweltbezogenen Stellungnahmen im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB tatsächlich öffentlich ausgelegt worden sind. Ist der Nachweis nicht möglich, handelt es sich um einen Verfahrensfehler, der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB beachtlich ist. Angaben zu den bereits vorliegenden Gutachten und Untersuchungen sind auch aufgrund von § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB erforderlich. § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verlangt nicht nur, die in den vorliegenden Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbekanntmachung schlagwortartig zu charakterisieren. Der vom Gesetzgeber verwendete Begriff „Arten umweltbezogener Informationen“ verlangt darüber hinaus, auch die zu den Umweltthemen verfügbaren Dokumente näher zu beschreiben, also zu den jeweils schlagwortartig angegebenen Umweltthemen darzulegen, ob dazu Sachverständigengutachten, Behördenstellungnahmen, Stellungnahmen eines sonstigen Trägers öffentlicher Belange, Stellungnahmen von Privaten o. ä. vorliegen (vgl. Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen vom 30.05.2018 7 D 49/16.NE, Rn. 35). Aus der o.g. Bekanntmachung ist jedoch nicht erkennbar, zu welchem der genannten Umweltthemen Gutachten bzw. Stellungnahmen

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

vorliegen. Hierbei handelt es sich ebenfalls um einen beachtlichen Verfahrensfehler nach § 214 Abs. 1 Nr. 2 BauGB. Wir empfehlen der Gemeinde die Bekanntmachung diesbezüglich zu ergänzen und aus Rechtssicherheitsgründen zu wiederholen.

Beschluss: 21 : 1

Zu 1

Dem Hinweis wird gefolgt. Die inneren Baugrenzen werden auch in den Planzeichnungen der Vorhaben- und Erschließungspläne und im Lageplan auf der Anlage 1 ergänzt.

Zu 2

Dem Hinweis wird gefolgt. Die Verfahrensvermerke werden entsprechend dem aktuellen Stand des Verfahrens vervollständigt.

Zu 3

Dem Hinweis wird gefolgt. In der Begründung werden die Angaben zum Flächennutzungsplan berichtigt.

Zu 4

Dem Hinweis wird gefolgt. Es wird eine weitere (verkürzte) Auslegung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 a Abs. 3 S. 3 BauGB durchgeführt. Die Bekanntmachung wird Angaben zu allen vorhanden Gutachten und Untersuchungen sowie umweltbezogenen Stellungnahmen enthalten.

#### Weiteres Vorgehen

Die im Verfahren nach § 4 Abs. 3 Satz 3 BauGB vorgebrachten Hinweise und Anregungen werden in den Bebauungsplanentwurf, Stand 30.04.2019 eingearbeitet. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 06.06.2019.

Nach der Stellungnahme des Landratsamtes München vom 27.05.2019 ist eine weitere (verkürzte) Auslegung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 S. 3 BauGB erforderlich. Der Satzungsbeschluss kann

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

daher nicht in der heutigen Sitzung gefasst werden und wird dem Gremium in der Sitzung am 11.07.2019 vorgelegt.

Beschluss: 21 : 1

Der Bebauungsplan Nr. 49d/17 Oktavian an der Münchner 12, 14 und 16, in der Fassung vom 30.04.2019, ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse zu ergänzen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 06.06.2019.

Es ist eine weitere (verkürzte) Auslegung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 S. 3 BauGB durchzuführen.

AZ 6102  
Bauamt

907    22    **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 49d/17, Oktavian an der Münchner Straße 12, 14 und 16; Abschluss des Durchführungsvertrages mit der PG Münchner Str. GmbH**

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 14.3.2019, Nr. 859 in Erinnerung. In diesem stimmte der Gemeinderat dem Entwurf des Durchführungsvertrages, Stand 07.03.2019, mit Hinweisen Festlegungen zugestimmt hat.

Zwischenzeitlich haben mehrere Gespräche und Abstimmungen zwischen Herrn Rechtsanwalt Frister (juristischer Vertreter der PG Münchner Str.) und Herrn Dr. Reicherzer REDEKER SELLNER DAHS Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB, München und der Verwaltung stattgefunden.

Aus diesen Abstimmungsgesprächen haben sich noch Ergänzungen und Anpassungen des bisherigen Entwurfs des Durchführungsvertrages ergeben.

Der überarbeitete Durchführungsvertrag, Stand 23.5.2019 enthält u.a. folgende Eckpunkte:

- Vorhabenbeschrieb
- Durchführungsverpflichtung
- Betriebsverpflichtung „medium-stay“
- Nachweis der Zimmerbelegung
- Pönalregelung
- Betriebsbezogene Regelungen

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Fassadengestaltung
- Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche
- Rücktrittsrechte
- Wechsel des Vorhabenträgers

Der Durchführungsvertrag, Stand 23.5.2019 mit den Anlagen 10a (Muster für eine Übernahme der Betreiberpflichtung vom Vorhabenträger) und 10b (Schuldanerkenntnis mit Zwangsvollstreckungsunterwerfung) wurde dem Gremium zugestellt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zur Festsetzung der Pönale auf Empfehlung von Herrn Dr. Reicherzer, ein Bericht durch die Hoga, Stand 26.4.2019 erstellt wurde. Der o.g. Durchführungsvertrag und der Bericht (Hoga) wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Der Erste Bürgermeister teilt dem Gremium mit, dass Herr Dr. Reicherzer zum vorliegenden Durchführungsvertrag eine abschließende schriftliche Bewertung übermitteln wird (Hinweis, lag bis 28.5.2019 noch nicht vor).

Weiter wird die abschließende Stellungnahme von Herrn Rechtsanwalt Thomas Frister (juristischer Vertreter von PG Münchner Str. GmbH) per E-Mail vom 23.5.2019 dem Gremium zugestellt.

Dem Gemeinderat wurden am 3.6.2019 folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:

E-Mails vom:

- 29.5.2019 von Gemeinde Unterföhring/Dr. Reicherzer an Hr. Rechtsanwalt Frister (PG Münchner Str.)
- 30.5.2019 von Hr. Dr. Reicherzer an die Gemeinde Unterföhring
- 3.6.2019 von Hr. Rechtsanwalt Frister (PG Münchner Str.) an die Gemeinde Unterföhring/Hr. Dr. Reicherzer mit dem Durchführungsvertrag, Stand 3.6.2019 als Anlage.
- Und am 6.6.2019 die Anlage 4 - Darstellung Fassadengestaltung Steidle Architekten vom 06.06.2019-.

Beschluss: 20 : 2

Der Gemeinderat stimmt dem Entwurf des Durchführungsvertrages, Stand 3.6.2019 mit folgenden Hinweisen zu:

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Im Durchführungsvertrag wird die bisherige Anlage 4 – Präsentation aus der Gemeinderatssitzung 14.3.2019-, ersetzt durch neue Anlage 4 - Darstellung Fassadengestaltung Steidle Architekten vom 06.06.2019-.
- Die Planunterlagen des Vorhabens- und Erschließungsplanes (VEP) sind mit einem entsprechenden Maßstab zu erbringen.

Der vorgenannten Hinweis sind in dem vorliegenden Entwurf des Durchführungsvertrages einzuarbeiten. Der Bürgermeister wird ermächtigt den Durchführungsvertrag mit dem Vorhabenträger PG Münchner Str. GmbH, Grünwald, abzuschließen.

AZ 6102  
Bauamt

908

22

#### **Bürgerwettbewerb zur Umgestaltung der Mitte des S-Bahn-Kreisels (Filmrolle); Vorstellung der Entwurfsplanung und weiteres Vorgehen (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)**

Der Bürgermeister berichtet, dass sich bereits im Frühjahr 2015 Bürgerinnen und Bürger eine andere Gestaltung der öffentlichen Grünflächen (Blumeninseln, Kreiselflächen, S-Bahnkreisel) wünschten. In der Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 25.02.2016, Nr. 8, wurde beschlossen, einen Wettbewerb zur Umgestaltung des S-Bahn-Kreisels auszuloben. In der Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 20.09.2016, Nr. 19, hat sich das Gremium für den Vorschlag Nr. 11 (Filmrolle) von Herrn Schmid, Unterföhring als 1. Preis beim Wettbewerb zur Beteiligung an der Ortsbildgestaltung ausgesprochen. Zwischen Oktober 2016 und Juli 2017 fanden mehrere Abstimmungsgespräche mit Herrn Schmid statt.

Im Juli 2017 hatte die Verwaltung fünf Firmen zur Machbarkeit und erwartenden Kosten angefragt. Davon hatte eine Firma ein Angebot in Höhe von ca. 60.000,00 € brutto abgegeben, zusätzlich waren Kosten für Tiefbauarbeiten von ca. 50.000,00 € brutto vorerst veranschlagt. Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss hatte in der Sitzung vom 26.09.2017, Nr. G204, den Bürgermeister ermächtigt, den wirtschaftlichsten Bieter zu beauftragen. Der Beschluss wurde in der Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 23.05.2019 öffentlich gemacht.

Im Dezember 2017 fand eine Spartenbesprechung mit den Stadtwerken München statt sowie die Anfrage zur Spartenauskunft. Hier wurde festgestellt, dass sich im Kreisel sehr viele Sparten (Gas, Wasser, Stromleitungen, Telekom und weitere Telekommunikationsleitungen) befinden.

Für die weitere Planung waren umfangreiche Recherchen sowie Sparten- und Abstimmungsgespräche im Oktober/ Dezember 2018 sowie Februar 2019 mit

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Verantwortlichen der Deutschen Bahn, einem Statiker und dem planenden Ing. Büro Dr. Ing. Ressel, München, sowie Spartenträgern (SMW, Bayernwerk, Telekom) notwendig.

Dabei hat sich herausgestellt, dass für die Realisierung der Filmrolle die Sparten der SWM Gas und Wasser sowie die der Telekom teilweise bzw. vollständig um verlegt werden müssen. Bei der vollständigen Umverlegung erfolgt eine komplette Baufreiheit der Sparten für die Fläche des Kreisels. Die Baukosten mit Baunebenkosten betragen für die gesamte Baumaßnahme nach der Grobkostenschätzung vom 03.05.2019 durch das Ing. Büro Dr.-Ing. Ressel, München, ca. 900.000,00 € brutto. Für die teilweise Verlegung der Sparten der Telekom durch Nutzung vorhandener Leerrohre wurden die Grobkosten auf ca. 650.000,00 € brutto geschätzt. Die Grobkostenschätzung vom 03.05.2019 wird dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Vorgesehenes Material für die Filmrolle ist Aluminium mit einem blechsilbernen Anstrich. Nach Vorlage der Statik und vorgesehenen Ausführung werden die Unterlagen von einem Prüfstatiker geprüft und die endgültige Zustimmung erfolgt durch die Deutsche Bahn vom Leiter für München und dauert ca. 2 – 3 Monate. Mit der Umsetzung der Maßnahme könnte daher frühestens im Herbst 2019 begonnen und voraussichtlich Ende 2020 abgeschlossen werden.

Als nächsten Schritt ist die weitere Vorgehensweise zu entscheiden. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass im Haushalt 2019 Mittel in Höhe von 150.000,00 € brutto auf HHSt. 58000.9540 Baukosten und 200.000,00 € brutto auf HHSt. 58000.9590 Baunebenkosten eingestellt.

Beschluss: 22 : 0

Dem Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.05.2019 wird gefolgt und der Gemeinderat stimmt zu, aufgrund der erst jetzt bekannten, vorliegenden Kosten in Höhe bis ca. 900.000,00 € brutto für eine notwendige Spartenumverlegung, die für die Realisierung der Filmrolle notwendig würde, von einer Umsetzung des Kunstwerkes Abstand zu nehmen.

AZ 6310  
Bauamt

- 909    22    **Antrag der Evang.-Luth. Kirchengemeinde Ismaning-Unterföhring auf Zuschuss für den Umbau der Räumlichkeiten im Obergeschoß sowie Einrichtung eines zweiten Fluchtweges im Gemeindezentrum der Rafaelkirche in Unterföhring**

Das Gremium hat diesen Tagesordnungspunkt abgesetzt; eine Behandlung findet in der heutigen Sitzung nicht statt.

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

910     21     **Grundschule an der Schulstraße; Überlegungen zur farblichen  
Gestaltung der Sichtbetonfassade; Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der Vorsitzende erinnert vorab an die Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 30.04.2019, Nr. 584, in welcher ebendieser Tagesordnungspunkt abgesetzt werden musste, da der geladene Architekt Herr Strobel kurzfristig abgesagt hatte.

Der Bürgermeister verweist auf den Beschluss des Gemeinderates vom 09.04.2014, Nr.1071, in dem u.a. zu den Ausführungen der Innenwände Entscheidungen (Durchführung von Betonkosmetik, Nachbearbeitung etc.) getroffen wurde.

Weiter bringt der Bürgermeister in Erinnerung, dass die mangelbehaftete Ausführung der Sichtbetonfassade bei der Erweiterung der Grundschule zwischenzeitlich geklärt wurde und eine entsprechende Anpassung (Aufhellung oder farbliche Gestaltung) vorgenommen werden kann. Dies ist aus urheberrechtlichen Gründen, mit dem beauftragten Objektplaner, Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern abzustimmen.

Hierzu wird auf den Beschluss des Gemeinderates vom 30.07.2015, Nr. 254, verwiesen, mit welchem die Kostenverfolgung des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, Stand 24.07.2015, für die Schulerweiterung Grundschule Unterföhring samt zusätzlicher Kosten gemäß Vorbericht mit einer maximalen Gesamtsumme von 17.065.598,36 € brutto (KG100-KG700) genehmigt wurde. Die Verwaltung wurde zu allen weiteren erforderlichen Schritten ermächtigt, um alle noch offenen Themen wie z.B. Sichtbeton zum Abschluss zu bringen. Insbesondere ist dem Gemeinderat ein Konzept durch das planende Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, für die mangelhafte Fassade vorzulegen.

Von Seiten der ehemaligen Schulleitung, Frau Hillen, wurde der Wunsch nach einer farblichen Gestaltung der Betonaußenflächen während der Bauphase geäußert. Diesem Wunsch konnte zu diesem Zeitpunkt nicht entsprochen werden, da ein Verfahren mit der bauausführenden Firma anhängig war, das mittlerweile zum Abschluss gebracht werden konnte.

Nun wurde das Architekturbüro Bayer&Strobel, Kaiserslautern gebeten, einen Lösungsvorschlag hinsichtlich einer möglichen Anpassung der Sichtbetonfassade auszuarbeiten.

Das Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, hat farbliche Gestaltungsvorschläge erarbeitet, die dem Gremium zur Verfügung gestellt wurden. Diese Vorschläge wurden ebenfalls der Schulleitung Frau Hoffmann zugestellt und um Rückäußerung gebeten. Frau Hoffmann würde hellgrau favorisieren. (Rückmelde E-Mail vom 29.04.2019)

Nach Meinung des Architekturbüros Bayer & Strobel, Kaiserslautern, soll der grundsätzliche Charakter, also die großformatige, geordnete Fugeneinteilung



## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

und auch die lebendige Oberfläche durch leicht unterschiedliche Helligkeiten, erhalten bleiben. Daher hat das Architekturbüro die technischen und gestalterischen Möglichkeiten einer Betonlasur betrachtet.

Eine Lasur erlaubt es, das generelle Erscheinungsbild so anzupassen, dass auch die vorhandenen und als störend empfundenen Abweichungen (Flecken, zu helle oder zu dunkle Platten etc.) egalisiert werden können. Nach dieser Egalisierung kann dann auch die Farbigkeit oder Helligkeit insgesamt verändert werden.

Dem Gemeinderat wurde eine Fotomontage mit fünf unterschiedlichen farblichen Varianten (jeweils aus drei Blickrichtungen) zugestellt

Die Vorschläge des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel wurden zur Eruierung weiterer zusätzlicher Vorbereitung in der Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 23.05.2019 durch Herrn Bayer sowie Frau Reh vorgestellt und aufgetretene Fragen beantwortet.

Das Gremium sprach sich dafür aus, die jetzige Fassade in der Form beizubehalten.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Post hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 21 : 0

Das Gremium nimmt das vorgelegte Konzept des planenden Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, zur Fassadengestaltung zu Kenntnis und spricht sich unter Hinweis auf den Beschluss des Gemeinderates vom 30.07.2015, Nr. 254, dafür aus, die bisherige Fassade beizubehalten.

AZ 611  
Bauamt

#### 911 22 **Beschaffung einer Software für das Grünflächen- und Spielplatzkataster (gemeindeeigene Spielgeräte); Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben**

Die Verwaltung beabsichtigt ein Grünflächenkataster und Spielplatzkataster zu implementieren. Bisher wird ein Baumkataster von der d.b.g.

Datenbankgesellschaft mbH (d.b.g.) aus Falkensee bezogen und in der Verwaltung verwendet. Die d.b.g. würde zudem Grünflächen- und Spielplatzkataster anbieten (d.b.g. Angebot 16.04.2019 Spielplatzkataster und d.b.g. Angebot 15.04.2019 Grünflächenkataster, inkl. Betriebsteuerung).

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Das Spielplatz-, Grünflächen- und das bereits bestehende Baumkataster sind zueinander kompatibel und ist jeweils ein eigenständiges dynamisches Datenbanksystem auf Netzwerkbasis mit konkurrierendem Zugriff (Mehrfachinstallation bei einem Nutzer). Die verschiedenen Kataster von der Datenbankgesellschaft mbH aus Falkensee würden Arbeitsprozesse intern zw. Verwaltung und Bauhof und mit extern beauftragten Dritter optimieren. Zudem können Nachweise über durchgeführte Kontrollen der Spielgeräte (Spielplatzkataster) oder konkretere Leistungsverzeichnisse für Fremdfirmen erstellt werden. Zudem sind die Kataster kompatibel mit dem etablierten Geoinformationssystem von ESRI. Der Vollarbeitsplatz am PC könnte jeweils mit mobilen Geräten ergänzt werden, um eine optimale Nutzung der Software zu bewerkstelligen.

Die Kosten für das Spielplatzkataster belaufen sich im 1. Jahr für eine Vollarbeitsplatz und Mobilgerät auf 8.397,31 € brutto und beinhalten Anschaffungskosten des Vollarbeitsplatz von 7.293,56 € brutto Anschaffungskosten für die App-Nutzung von 833,00 € brutto und Wartungskosten für beides von 1.501,26 €. In den Folgejahren wären die jährlich Wartungskosten für PC- und Mobil-Arbeitsplatz zu veranschlagen. Die Nutzung lege primär im Bauhof.

Für das Grünflächenkataster, inkl. Einsatzplanung, wären 2 Vollarbeitsplätze und 2 mobile Geräte, jeweils einmal für den Bauhof und einmal für das Sachgebiet Tiefbau vorgesehen. Die Anschaffungskosten belaufen sich auf 20.235,95 € brutto, davon entfallen 833 € auf die APP-Nutzung. Zusätzlich kommen die jährlichen Wartungskosten von 4.291,00 € hinzu.

Zur optimalen Nutzung der Kataster müssten die gemeindlichen Flächen aufgenommen und das Inventar katalogisiert werden. Für die Aufnahme der gemeindlichen Flächen würden einmalig ca. 9.000,00 €, brutto anfallen.

Gesamt wären 2019 außerplanmäßig 36.132 € brutto für die Anschaffung der Software (27.132,00 € brutto) und Flächenaufnahme (ca. 9.000 € brutto) auf der Haushaltsstelle 06010.9322 zu verbuchen. Die Folgekosten für die Softwarewartung würden sich ab 2020 auf 5.792,25 € brutto belaufen. Zuzüglich sind Kosten zur Digitalisierung der gemeindlichen Flächen für die beiden Kataster zu beachten.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium stimmt den außerplanmäßigen Kosten in Höhe von 27.134,00 € brutto für die Softwarelizenzierung, gemäß Angebote der Datenbankgesellschaft mbH, 14612 Falkensee, vom 16.04. und 15.04.2019 zu.

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Ausgaben von 27.134,00 € brutto für die Anschaffung der Software sind unter der Haushaltsstelle 06010.9322 zu verbuchen.

Die jährlichen Wartungskosten in Höhe von ca. 5.800 € brutto sind unter der Haushaltsstelle 06010.6374 ab 2020 und den folgende Jahren einzustellen.

AZ 6101  
Bauamt

912

22

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 06/19 Sachstand Anfrage zur Errichtung einer staatl. Realschule**

Der Vorsitzende erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 10.04.2019, Nr. 873, mit dem auf Antrag Bündnis90/DIE GRÜNEN beim Landkreis München das Interesse an der Errichtung einer staatlichen Realschule zu bekunden war.

Mit Schreiben vom 16.04.2019 hat der Vorsitzende den Landrat entsprechend informiert, dass die Gemeinde Unterföhring grundsätzlich Interesse an der Errichtung einer Realschule hat.

Herr Landrat Göbel hat mit Schreiben vom 03.05.2019 mitgeteilt, dass bisher der Fokus auf den Standort Garching gerichtet sei, hier aber noch keine Entscheidung getroffen wurde.

Er habe aber eine Simulation in Auftrag gegeben, die den Standort Unterföhring untersuchen solle. Sobald belastbare Ergebnisse vorliegen werde er sich mit dem Vorsitzenden in Verbindung setzen.

Mit E-Mail vom 28.05.2019 hat das Landratsamt München nunmehr erste Ergebnisse dieser Simulation übermittelt.

Demnach wurde festgestellt, dass „eine Neugründung einer Realschule Unterföhring aus heutiger Sicht ohne Zustrom aus der LHSt. München nicht das notwendige Schülerpotenzial für eine dreizügige Realschule“ erreiche. Weiter heißt es: „Durch die bestehenden Realschulen in Ismaning und Aschheim ergibt sich außer aus der Gemeinde Unterföhring (...) auch kein weiteres Schülerpotential aus dem Landkreis München.“

Das Schreiben der Gemeinde Unterföhring vom 16.04.2019 sowie die genannten Ergebnisse der Simulation wurden am 04.06.2019 im Ausschuss des Landkreises für Schulen und Bauen zur Kenntnis gebracht.

Hauptamt

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

912

22

#### Bekanntgaben / Anfragen

#### BEK 06/19 Notrufsäulen am Bahnhof Unterföhring

Am S-Bahn-Haltepunkt Unterföhring, der im Tunnel liegt, gibt es zwei Notrufsäulen, jeweils an den Bahnsteigköpfen. Diese sind seit geraumer Zeit außer Betrieb genommen.

Weil die Gemeinde Unterföhring immer wieder Anfragen nach den nicht funktionierenden Notrufsäulen am S-Bahnsteig erreichen, wurde vonseiten der Verwaltung im Januar zunächst telefonisch bei der S-Bahnzentrale München angefragt, was es damit auf sich hat. Hier haben wir von der Absicht der Deutschen Bahn erfahren, die Notrufsäulen bundesweit abzuschaffen.

Auf schriftliche Nachfrage bei der Deutschen Bahn haben wir am 5. Februar 2019 per E-Mail von der DB Station Service AG die Antwort erhalten, dass die Bahn ihre Sicherheitskonzepte weiterentwickelt und im Zuge dessen auch die Wirkungsweise von Notrufsäulen neu bewertet wurde und tatsächlich die grundsätzliche Entscheidung getroffen wurde, zukünftig keine Informationssäulen mehr vorzuhalten.

Die Notrufsäulen, heißt es in der Mail, würden häufig missbraucht und nur ein verschwindend kleiner Anteil der eingehenden Rufe seien echte Notrufe. Dies behindere die Mitarbeiter an der Bearbeitung sicherheitsrelevanter Aufgaben. Weil in allen Bahnhöfen Mobilfunknetzte vorhanden seien und heute die Mehrzahl aller Kunden über ein Mobilfunkgerät verfügen würden, würde sich so der Kommunikationsweg stark verkürzen weil keine Notfalleitstelle als zusätzliche Schnittstelle benötigt würde.

Außerdem heißt es in dem Schreiben sinngemäß, dass dadurch, dass die ortsgebundenen Notrufsäulen erst von den Hilfesuchenden aufgesucht werden müssten, die „reale Wirkmöglichkeit“ der Säulen eingeschränkt würde, weil ein Notfall ja auch weiter weg von ihnen eintreten könne.

Die Gemeinde Unterföhring empfindet diese Argumentation und dieses Vorgehen als eine Unverschämtheit und fordert von der Bahn, dass die beiden Notrufsäulen in Unterföhring wieder in Betrieb genommen werden.

Viele Menschen haben heutzutage ein Handy, aber eben nicht alle. Und es gibt Tages- und Nachtzeiten, in denen bei einem Notfall möglicherweise auch nicht gerade zufällig jemand in der Nähe ist, der ein Handy bei sich trägt. Es muss eine zuverlässig funktionierende und ortgebundene Möglichkeit abseits des Mobilfunknetzes geben, um Hilfe zu holen.

Die Bahn spart hier auf Kosten der Sicherheit ihrer Kunden.

Einen entsprechenden Brief an die DB Station & Service AG wurde nun verschickt.

AZ 1404  
Hauptamt

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

912

22

#### Bekanntgaben / Anfragen

#### BEK 06/19 S-Bahnhof Unterföhring, aktueller Sachstand zum Bau von Rolltreppen und Aufzügen im nördl. und südl. Abgang

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 17.05.2018, Nr. 732, in Erinnerung. Hierbei wurde die Beauftragung für eine detaillierte statische Untersuchung (Planung, Beprobung und Analyse der Bahnhofsdecke) des Deckenausschnittes in der Bahnhofsdecke genehmigt.

Zwischenzeitlich hat die Bahn hierzu ihre Zustimmung erteilt.

Nun wird die Ingenieurgesellschaft Prof. Dauberschmidt & Vestner mbH, München die Betonbeprobung (Bohrkerne) in dem "Putzraum" unterhalb der Rolltrappe durchführen. Dies verursacht auch keinen Eingriff/Einschränkung in den Bahnverkehr bzw. Personenverkehr.

Sobald das Ergebnis der Bewertung der Betondruckfestigkeit vorliegt, ist dieses der Bahn zur Prüfung und weiteren Entscheidung vorzulegen. Über die Entscheidung der Bahn wird der Gemeinderat auf dem Laufenden gehalten.

AZ 621  
Bauamt

912

22

#### Bekanntgaben / Anfragen

#### Anfrage Herr Zehetmair Zwischenfall Mäharbeiten Bauhof

Gemeinderatsmitglied Herr Zehetmair berichtet, dass ein Mitarbeiter des Bauhofs während der Mäharbeiten auf einem Grünstreifen von einer Person in der Gestalt bedrängt wurde, dass diese die Kabinentür des Fahrzeugs aufriss und sich gegenüber dem Mitarbeiter unflätig verhalten habe. Dieser Vorfall sei ihm am heutigen Tage berichtet worden.

Der Vorsitzende dankt für die Information, die bisher noch nicht bekannt war. Der Vorfall wird intern mit dem betroffenen Mitarbeiter aufgeklärt.

Hauptamt

912

22

#### Bekanntgaben / Anfragen

#### Anfrage Gemeinderatsmitglied Frau Mäusel zum Standort Grüncontainer Isarau

Gemeinderatsmitglied Frau Mäusel bittet darum, den neuen Standort des Grüncontainers in der Isarau zu prüfen und einen geeigneteren Standort zu finden. Der aktuelle Standort bzw. die Nutzung des Containers sei insbesondere an Spieltagen des FC Unterföhring problematisch.

## 66. Sitzung des Gemeinderates vom 06.06.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende dankt für diesen Hinweis und nimmt die Anregung entsprechend mit.

Hauptamt

912

22

#### Bekanntgaben / Anfragen

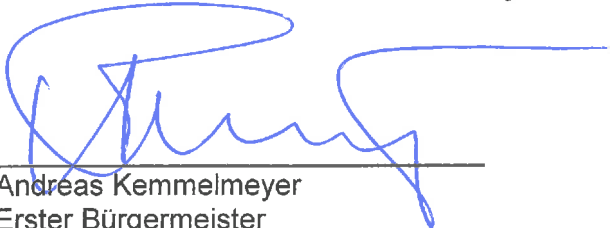
#### Anfrage Gemeinderatsmitglied Herr Weingärtner zum Ausbau Föhringer Ring

Gemeinderatsmitglied Herr Weingärtner bittet darum, dass über den aktuellen Stand sowie über die Maßnahmen rund um den Ausbau des Föhringer Rings informiert wird.

Der Vorsitzende dankt für diesen Vorschlag; die Verwaltung wird mit dem Projektleiter, Herr Rinderer vom staatlichen Bauamt Freising, in Verbindung treten und ihn entsprechend zu einem Sachstandsbericht einladen.

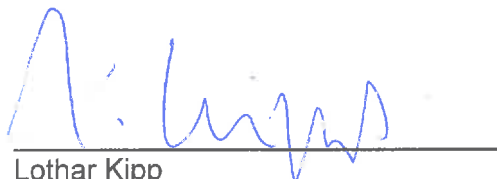
Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen aus dem Gremium gestellt werden dankt der Vorsitzende den Mitgliedern, wünscht ihnen sowie den Gästen einen schönen Abend und schließt die Sitzung um 21:45 Uhr.



---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister



---

Lothar Kipp  
Schriftführer